



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung
Bad Bramstedt

Gilbert Sieckmann-Joucken
Gayen 5
24576 Bad Bramstedt

Bad Bramstedt, 19. 05. 2021

Presseerklärung zu Entscheidungen der Stadt in Sachen Klimaschutz

In den vergangenen Wochen gab es von verschiedenen Seiten Bedenken gegen Maßnahmen der Stadt, dem Klimawandel entgegenzutreten und in diesem Sinn entschiedene Maßnahmen zu ergreifen. Dazu bezieht die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wie folgt Stellung .

So wurde gegen Vorschläge argumentiert, nach denen in künftigen Baugebieten eine Klimaneutralität anzustreben ist. Begründung: Durch die zusätzlichen Auflagen würden die Baupreise verteuert, sozialer Wohnungsbau sei nicht mehr möglich, Bad Bramstedt solle keine höheren Anforderungen an Nachhaltigkeit und Klimaschutz stellen, als das übrige Bundesgebiet . Im übrigen solle man einmal potentielle Investoren fragen, wie sie die verschärften Maßnahmen zum Klimaschutz einschätzten. Dazu halten wir folgendes fest:

- Bad Bramstedt hat sich seit einigen Jahren auf den Weg zu einer klimafreundlichen Stadt gemacht. Bestätigt wurde das durch die einstimmige Annahme des Klimaschutzgutachtens durch die Stadtverordnetenversammlung im letzten September.
- Klimaschutz darf nicht weiter ein reines Lippenbekenntnis sein, sondern muß zügig und engagiert umgesetzt werden- auf allen gesellschaftlichen Ebenen
- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April diesen Jahres stellt eindeutig fest, dass wirksame Maßnahmen zur CO₂-Reduktion verpflichtend sind, um nicht der nächsten Generation die Hauptlast der nötigen Veränderung zu überlassen.
- Die Reduzierung der CO₂-Emissionen ist mit Kosten verbunden, aber die Kosten des Nichtstuns sind deutlich höher.
- Wer vorschlägt, die Investoren zu fragen, ob sie die Maßnahmen zum Klimaschutz tragen wollen, läßt diese ein, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Wir müssen alle daran daran arbeiten, dass unsere Gemeinschaft diese Herausforderung bewältigt. Kurzfristige Gewinne aus Bauten, die nicht zukunftsfest sind, nützen nur wenigen.
- Sozialer Wohnungsbau ist vornehmlich Geschosswohnungsbau. Dadurch sind optimale Voraussetzungen für geringe Energieverluste gegeben. Hier ist eine CO₂-Neutralität relativ leicht zu erreichen.
- Die Investition in Fotovoltaikanlagen und thermische Solaranlagen amortisiert sich heutzutage relativ schnell, weshalb durch eine entsprechende Vorschrift höchstens eine geringe Mehrbelastung für Häuslebauer entsteht. Hier müssen die Kosten über den Lebenszyklus des Gebäudes gesehen werden.
- Kostengünstiges und energieeffizientes Bauen müssen nicht im Widerspruch stehen. Im Gegenteil: Beides zusammen gedacht und umgesetzt, führt zu einem nachhaltigen und bezahlbaren Wohnen, vom dem alle profitieren. Denn hohe Energieeffizienz-Standards und erneuerbare Energien sorgen dafür, dass die Wohnkosten mit Strom, Wärme und Warmwasser langfristig niedrig sind und die angestrebte Klimaneutralität im Gebäudebestand bis 2050 erreicht wird

Einen Gegensatz zwischen dem Leitbild einer sozial gerechten Gesellschaft und den Herausforderungen durch den Klimaschutz gibt es nicht. Grüne Politik denkt Sozialpolitik und Klimapolitik zusammen. Sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Union haben sich zu einer Klimaneutralität vor 2050 bekannt. Bis auf die AfD unterstützen alle im Bundestag vertretenen Parteien dieses Ziel. Wir sollten daran gemeinsam konstruktiv arbeiten, für Bad Bramstedt und für die kommenden Generationen.

Gilbert Sieckmann-Joucken